



**LAG Freie Wohlfahrtspflege, Gruppenstr. 4, 30159 Hannover,**

**Fon:** 0162/7729920

**Netz:** [www.landesarmutskonferenz-niedersachsen.de](http://www.landesarmutskonferenz-niedersachsen.de)

**Mail:** [fabian.steenken@landesarmutskonferenz-nds.de](mailto:fabian.steenken@landesarmutskonferenz-nds.de)

## **Pressemitteilung**

### **Steigende Armut ist kein Zufall, sondern Folge verfehlter Politik**

**Hannover, 03.02 2025**

**Die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes sind alarmierend: Innerhalb nur eines Jahres ist die Zahl der von Armut betroffenen Menschen in Deutschland um rund 300.000 gestiegen. Damit leben inzwischen etwa 13,3 Millionen Menschen in Armut. Die Armutsquote erhöhte sich von 15,5 auf 16,1 Prozent. Berücksichtigt man neben der Einkommenssituation auch die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe, ergibt sich ein noch umfassenderes Bild der sozialen Lage. Im Jahr 2025 waren in Deutschland rund 17,6 Millionen Menschen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht.**

„Diese Entwicklung ist Ausdruck einer verfehlten Politik“, erklärt Fabian Steenken, Geschäftsführer der Landesarmutskonferenz Niedersachsen. „Armut ist nicht abstrakt. Sie bedeutet, dass Kinder keine Winterjacke haben, dass Familien aus Kostengründen nicht ausreichend heizen können und dass Haushalten das Geld für Miete und Lebensmittel immer häufiger nicht mehr reicht. Existenzängste, drohender Wohnungsverlust, Vereinsamung und zunehmende gesundheitliche Probleme sind die Folgen.“ So Steenken.

Aus Sicht der Landesarmutskonferenz Niedersachsen stellen die neuen Zahlen einen klaren politischen Handlungsauftrag dar. Die Debatten der letzten Jahre waren vielfach Scheindebatten.

Der Volkswirtschaft ist nicht geholfen, wenn beim Bürgergeld mit falschen Zahlen argumentiert wird und geflüchtete Menschen zu Sündenböcken gemacht werden.

Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und den Menschen echte Perspektiven bietet. Dafür sind höhere Investitionen und Konsumausgaben seitens des Staates notwendig.

Die Landesarmutskonferenz Niedersachsen fordert die Bundesregierung auf, die steigende Armut endlich als strukturelles Problem anzuerkennen und entschlossen gegenzusteuern. Der Kampf gegen Armut bedeutet mehr gesellschaftliche Teilhabe, wirtschaftlichen Aufschwung durch eine erhöhte Nachfrage und bessere Qualifizierungs- und Teilhabemöglichkeiten für alle Menschen.

### **Die LAK fordert:**

- **Erhöhung des Bürgergelds um 200 Euro**
- **Einführung einer Kindergrundsicherung**
- **Vermehrte Investitionen in öffentliche Infrastruktur und Wohnungen**
- **Mehr Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote für geflüchtete Menschen**
- **Erhöhung des Rentenniveaus auf 53 Prozent**
- **Wiedereinführung der Vermögenssteuer**
- **Effektive Erbschaftssteuer**

### **Infos:**

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen wurde 1995 gegründet. Sie ist ein Zusammenschluss von Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen.

Mit der Bitte um Berichterstattung und freundlichen Grüßen

Fabian Steenken – LAK-Geschäftsführer

Kontakt: 0162/ 7729920